

Germany-Landshut: Payroll management services
OJ S 213/2022 04/11/2022
Contract award notice
Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadtwerke Landshut
Postal address: Christoph-Dorner-Str. 9
Town: Landshut
NUTS code: DE221 Landshut, Kreisfreie Stadt
Postal code: 84028
Country: Germany
Contact person: Babl Götsche Bauanwaelte
E-mail: vergabe@bauanwaelte-landshut.de
Telephone: +49 87197694001
Fax: +49 87197694002
Internet address(es):
Main address: www.stadtwerke-landshut.de

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Kommunalunternehmen

I.5. Main activity

Other activity: kommunaler Eigenbetrieb für Energie, Mobilität, Netz-Infrastruktur sowie Wasser und Abwasser

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Dienstleistungen Entgeltabrechnung
Reference number: 2022/001

II.1.2. Main CPV code

79211110 Payroll management services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Dienstleistung zur Durchführung der monatlichen Entgeltabrechnung für die Tarifbeschäftigten /Auszubildenden/saisonale bzw. geringfügig Beschäftigte/Praktikanten/Werkstudenten/dual Studierende

II.1.6.

Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.1.7. Total value of the procurement

Value excluding VAT: 395 556,00 EUR

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE221 Landshut, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: 84028 Landshut

II.2.4. Description of the procurement

Die Stadtwerke Landshut, ein kommunaler Eigenbetrieb der Stadt Landshut und der führende Dienstleister der Region für Energie, Mobilität, Netz-Infrastrukturen sowie Wasser und Abwasser, beschäftigen ca. 500 Mitarbeiter. Die Entgeltabrechnung (einschließlich Sonderentgelte, Zuschläge, Reisekosten etc.) soll an einen externen Dienstleister vergeben werden.

Entgeltabrechnung für ca. 500 Mitarbeiter mit Berücksichtigung verschiedener Tarifverträge (TV-V (Tarifvertrag für Versorgungsbestriebe), TV-N Bayern (Tarifvertrag für Nahverkehrsbetriebe in Bayern) und TVAöD (Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes)).

- Einrichten und Anlegen der Mitarbeiterdaten,
- laufende Personalabrechnung (einschließlich Sonderentgelte etc.),
- Datenpflege

Der Leistungsbeginn für die oben beschriebenen Tätigkeiten beginnt nach Vertragsschluss. Die laufende Gehaltsabrechnung ist nach Abschluss der Startphase ab dem 01.01.2023 zu erbringen.

Gegenstand der Vergabe ist neben der laufenden Durchführung der Entgeltabrechnung der Beschäftigten ab 01. Januar 2023 auch ein Einführungsprojekt im Jahr 2022 inkl. erforderlicher Mitarbeiterschulungen sowie die Gesamtprojektleitung für das Einführungsprojekt.

Die vollständige Übernahme der Entgeltabrechnung muss spätestens zum 01. Januar 2023 erfolgen. Das Einführungsprojekt muss unmittelbar nach Beendigung der Vergabe und der Zuschlagserteilung starten. Ziel ist es, im 4. Quartal 2022 mindestens zwei Parallelabrechnungsläufe (spätestens im November und Dezember 2022) durchzuführen, um eine fehlerfreie Übergabe sicher zu stellen, sowie den aktuellen Personalstand in den Systemen hinterlegt und durch die Schnittstellen buchbar zu machen. Neben einer stabilen und fehlerfreien Erstellung der Entgeltabrechnungen, die fortlaufend eine pünktliche Zahlung der Entgelte zum 25. jedes Monats gewährleistet, sollen effektive Abläufe insbesondere für den Datenaustausch zwischen dem neuen Dienstleister und den Stadtwerken Landshut umgesetzt werden. Dies betrifft alle Schnittstellen, die zur korrekten Abrechnung der Entgelte nötig sind. Eine automatisierte Datenlieferung an das seitens der Stadtwerke Landshut genutzte Buchhaltungssystem (Wilken) ist grundlegender Bestandteil.

II.2.5. Award criteria

Quality criterion - Name: Auftragsbezogenes Konzept zum Einführungsprojekt / Weighting: 50

Price - Weighting: 50

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2022/S 075-202565](#)

IV.2.8. Information about termination of dynamic purchasing system

IV.2.9. Information about termination of call for competition in the form of a prior information notice

Section V: Award of contract

Contract No: 83000083

Title:

Entgeltabrechnung für die Stadtwerke Landshut

A contract/lot is awarded: yes

V.2. Award of contract

V.2.1. Date of conclusion of the contract

28/07/2022

V.2.2. Information about tenders

Number of tenders received: 1

Number of tenders received from SMEs: 1

Number of tenders received from tenderers from other EU Member States: 0

Number of tenders received from tenderers from non-EU Member States: 0

Number of tenders received by electronic means: 1

The contract has been awarded to a group of economic operators: no

V.2.3. Name and address of the contractor

Official name: AKDB

Postal address: Hansastrasse 12-16

Town: München

NUTS code: DE221 Landshut, Kreisfreie Stadt

Postal code: 80686
Country: Germany
E-mail: ausschreibung@akdb.de
Telephone: +49 895903-0
Internet address: <http://akdb.de>
The contractor is an SME: yes

V.2.4. Information on value of the contract/lot

Total value of the contract/lot: 395 556,00 EUR

V.2.5. Information about subcontracting

Section VI: Complementary information

VI.3. Additional information

1. Bieter haben das Nichtvorliegen der in § 123 GWB und § 124 GWB genannten Ausschlussgründe zu erklären. Für die Erklärung ist das Formular Eigenerklärung zur Eignung zu verwenden.
 2. Bieter können unter den Voraussetzungen des § 47 VgV von der Möglichkeit der Eignungsleihe Gebrauch machen. In diesem Fall ist das Formular Erklärung zur Eignungsleihe auszufüllen und mit dem Angebot einreichen. Die geforderten Eignungsnachweise sind für den Eignungsverleiher zu erbringen, soweit der Bieter sich auf dessen Eignung beruft. Unabhängig davon muss auch der Dritte, auf dessen Eignung sich der Bieter beruft, das Nichtvorliegen der in § 123 GWB und § 124 GWB genannten Ausschlussgründe nach Maßgabe der Auftragsbekanntmachung und der Bewerbungsbedingungen und unter Verwendung der gestellten Formblätter individuell und vollständig nachweisen.
 3. Die Verfahrensteilnahme in gemeinschaftlicher Form (Bietergemeinschaft) ist zulässig. Eine Bietergemeinschaft wird wie ein Einzelbieter behandelt (§ 43 Abs. 2 S. 1 VgV). Die Prüfung der Eignung erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher von der Bietergemeinschaft eingereichten Unterlagen.
 4. Anfragen zum Verfahren nur über die oben genannte Plattform (siehe auch Punkt I.3).
 5. Das Angebot ist elektronisch über die oben genannte Vergabepattform in Textform gemäß § 126 b BGB einzureichen.
- Bekanntmachungs-ID: CXP4Y1L6MR2

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Town: München
Postal code: 80538
Country: Germany
E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telephone: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:
Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn (10) Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über das E-Vergabe-Portal) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.5. Date of dispatch of this notice

31/10/2022